



Ergebnisniederschrift

Sitzung des Ausschusses Dienstleistungen der IHK für München und Oberbayern, am Mittwoch, 20. November 2024, 16:00 – 18:30 Uhr, Präsenzsitzung im Handelskammersaal, IHK für München und Oberbayern, Max-Joseph-Str. 2, 80333 München.

TOP 1 Begrüßung

Detlef Dörrié

Vorsitzender

TOP 2 Bundespolitische Herausforderungen

Sebastian Roloff, Mitglied des Bundestages (SPD)

TOP 3 Diskussion

TOP 4 Aktuelles aus der IHK

Martin Drognitz, IHK für München und Oberbayern

TOP 5 Bericht aus der Praxis

Petra Göckel, ADJUVA Treuhand GmbH

TOP 6 Verschiedenes

Detlef Dörrié

Vorsitzender

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Anlage: Sitzungspräsentation

TOP 1: Begrüßung

Herr Detlef Dörrié, Vorsitzender des IHK-Ausschusses Dienstleistungen, heißt die anwesenden Mitglieder und Gäste sowie Herrn Sebastian Roloff, Abgeordneten des Deutschen Bundestages, zur letzten Sitzung des Jahres 2024 willkommen. Er zeigt den Teilnehmenden eine Übersicht über aktuell relevante Gesetzgebungsvorhaben auf EU-, Bundes- und Landesebene für Dienstleister und Selbstständige. Anhand der Fülle an Themen und Gesetzen, die noch anstehen sei es schwer, an den versprochenen Bürokratieabbau zu glauben. Der Schwerpunkt der Diskussion in dieser Sitzung soll auf Bürokratieabbau, Arbeitskräftesicherung und Digitalisierung liegen. Konkrete Punkte greift das Gesetzesvorhaben der Wachstumsinitiative auf, sodass im Austausch vor allem darauf eingegangen werden soll.

TOP 2: Bundespolitische Herausforderungen

Herr Sebastian Roloff (MdB) sieht das Timing der Vertrauensfrage für den Bundeskanzler als passend an. Er erklärt, dass die Bundesregierung nach dem Ausstieg der FDP zwar keine automatische Mehrheit mehr hat – manche Gesetzesvorhaben jedoch weiterhin mit wechselnden Mehrheiten in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Fraktionen möglich sind. Aufgrund dessen, dass es eine Situation wie diese bisher nicht oft gab, sei die Unsicherheit jedoch groß.

Zum Thema Wachstumsinitiative erklärt Herr MdB Roloff, dass er mit dem Ergebnis anfangs zufrieden gewesen sei, ihm aber die Umsetzung und Entwicklung nicht schnell genug geht. Aktuell muss überlegt werden welche der aufgeführten Punkte im jetzigen Bundestag noch durchsetzbar sind und welche nicht. Weite Teile sollten aber laut ihm noch realisierbar werden. Zu den einzelnen Themen berichtet er:

- Steuerreform: ggf. realisierbar, Abschreibungsmöglichkeiten sind wahrscheinlich
- Kindergeldreform: realisierbar, da sozialer Druck
- SPD steht hinter dem Mindestlohn
- Aussetzung des Deutschen Lieferkettengesetzes: realisierbar

- Energiepreise: Gegenmaßnahmen realisierbar; mehrheitsfähige Meinung erreicht
- Kaufanreize für die deutsche Automobilindustrie: noch nicht konkret genug
- Vergaberecht: aktuell Gegenstimmen in der Politik, da noch gekoppelt mit Tariftreuegesetz. Diskutiert wird, ob Vergabegrenzen erhöht werden, um zu entbürokratisieren.
- Arbeitsanreize für ausländische Beschäftigte: nicht zu erwarten, da unvereinbar mit den Grundrechten.

TOP 3: Diskussion

Herr Dörrié dankt Herrn MdB Roloff und leitet in die anschließende Diskussionsrunde ein:

Wachstumsinitiative

- Es herrscht unter den Sitzungsteilnehmern der allgemeine Konsens, dass eine schnelle Umsetzung der Wachstumsinitiative nötig ist. Der Gesetzesentwurf enthält richtige *Ansätze, um die Erwerbsbeteiligung bei Arbeitnehmern zu erhöhen:*
- *Rentner:* Die IHK München fordert eine Auszahlung des Arbeitgeberbeitrags zur Renten- und Arbeitslosenversicherung an weiter berufstätige Rentner. Um die Attraktivität für Unternehmen zu erhöhen, könnten parallel begrenzte steuerliche Freibeträge bei Weiterbeschäftigung eingeführt werden. Das Thema Anreize für die Weiterbeschäftigung von Rentnern wird aller Wahrscheinlichkeit nach im Wachstumsgesetz aufgenommen. Ob Vergünstigungen für Arbeitgeber notwendig sind, ist fraglich. Der Fachkräftemangel, so MdB Roloff, sei bereits Anreiz genug für die Arbeitgeber.
- *Wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden:* Eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes ist seitens der Wirtschaft gewünscht (z.B. für Festivalorganisation u.a.), eine wöchentliche Höchstarbeitszeit wird einer täglichen Höchstarbeitszeit vorgezogen. Politisch ist lt. MdB Roloff hierzu keine Veränderung geplant. Vielmehr bestehen bereits viele Möglichkeiten zur

Flexibilisierung (s. Arbeitszeitkonten, 60 Std. die Woche, 10 Stunden am Tag, Vereinbarungen mit dem Betriebsrat, Modellprojekte). Ruhezeitregelung von 11 Std. können allerdings nicht umgangen werden.

Tariftreuegesetz

- Der Gesetzesentwurf Tariftreuegesetz wird seitens der anwesenden Unternehmerinnen und Unternehmer kritisch gesehen, da ein Großteil der Unternehmen nicht tarifgebunden sind (z.B. auch diejenigen, die über Tarif bezahlen). Bei Umsetzung derartiger Vorgaben wären sie von der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen.
- Zusätzlich besteht die Befürchtung, dass das Gesetz mit weiterer Bürokratie einhergeht (Nachweispflichten, Dokumentation, neue Prüfstellen).
- Zielführender wäre es, im Vergaberecht die Grenzen zu erhöhen, um zu entbürokratisieren.

Bürokratieabbau

- 80% der Bürokratie stammt von nicht veränderbaren EU-Vorschriften.
- Grundsätzlich wird versucht, das one in – one out - Prinzip anzuwenden, aber nicht stringent genug.
- Praxischecks und Digitalchecks stoßen in der SPD auf gute Resonanz; es wäre wünschenswert sie auf alle Gesetze anzuwenden.
- Verwaltungsdigitalisierung wäre wichtig, v.a. eine digitale ID (wie z.B. in Estland), die Umsetzungen hier gehen zu langsam voran.
- Eine temporäre Begrenzung von Gesetzen wäre zielführend. Habe sich ein Gesetz nicht bewährt, sollte es entsprechend entfernt werden.

Rentenpaket 2

- Eine Reformierung des Rentengesetzes mit dem Ziel, Betriebsrenten zu stärken und die private Vorsorge zu erhöhen bei Absenkung des Rentenniveaus von 48 % auf 44 %, wird die SPD nicht für die kommende Legislaturperiode priorisieren. Grundsätzlich ist die Position der SPD, dass nichts gemacht werden soll, was das Rentenniveau senkt.

Scheinselbstständigkeit

- Seitens der Selbstständigen – die zur größten Mitgliedergruppe der IHKs gehören – besteht der Wunsch, mehr Rechtssicherheit bei der Einordnung von Scheinselbstständigkeit zu erhalten.
- Dazu müssten andere Kriterien für Scheinselbstständigkeit definiert werden. Beispielsweise könnten Selbstständige, die über der Beitragsbemessungsgrenze zur Sozialversicherung verdienen oder 20 % mehr Entgelt erhalten als durchschnittlich vergleichbare Angestellte, automatisch als nicht Scheinselbstständig klassifiziert werden. Für geringer Verdienende könnten einfache branchenspezifische Kriterienkataloge festgelegt werden. Darüber hinaus sollte es eine Regelung für Klein-Aufträge mit wenigen Stunden geben. Dieses Thema wurde in der Politik länger nicht mehr thematisiert. Herr MdB Roloff bittet um Zuleitung tiefergehender Informationen durch die IHK.

Wohnraum für Mitarbeitende

- Der Wohnungsbau müsste verdreifacht werden, um Mitarbeiter-Wohnraum zu schaffen. Im Bestand müsste saniert werden mit dem Ziel der CO₂-Reduktion.
- Notwendig ist die Beschleunigung von Genehmigungen, eine Entschlackung des BauGB. Eine länderweite Harmonisierung ist nicht realistisch, da hierfür die Landesbauordnung quasi abgeschafft werden müsste.

Weitere Themen

- Filmförderungsgesetz (FFG): Steht kurz vor Abschluss, hierzu findet ein vertiefender Austausch mit einem der Mitglieder statt im Nachgang.
- Die jährlichen Änderungen in den Gesetzestexten (z.B. Jahressteuergesetz, Lohnsteuer, etc.) sollen eigentlich für Entlastungen sorgen. Insbesondere zu Zeiten des Fachkräftemangels sind die aus den Änderungen resultierenden erhöhten Arbeitsvolumen mittlerweile schwer zu stemmen.
- Arbeitssicherheit und Geldwäschegesetz: Die Vorgaben und die vor-Ort-Prüfungen sind überzogen. Zu viel Zeit fließt in Berichtspflichten.

Zum Ende der Diskussion bietet Herr MdB Roloff an, bei Fragen oder Kritik ihm gerne persönlich zu schreiben (sebastian.roloff@bundestag.de).

TOP 4: Aktuelles aus der IHK

Herr Martin Drognitz berichtet über

- Strategische Planung der IHK als Reaktion auf die vorgezogene Bundestagswahl
- BIHK Konjunkturbericht Herbst 2024
- EU-Bürokratie auf einem Blick
- Was zu tun ist: Wachstumspotenzial heben
- Bürokratieentlastung über BEG IV beschlossen
- Gründung IHK-Arbeitskreis Verteidigungsindustrie und Innovation
- Gewerbeimmobilienmarktbericht 2024

TOP 5: Bericht aus der Praxis

Frau Petra Göckel stellt ihr Unternehmen „ADJUVA Treuhand GmbH“ und Herausforderungen vor:

- Fachkräftemangel: Insbesondere qualifizierte Fachkräfte werden benötigt.
- Bürokratie: Der Körperschaftssteuergesetzesteil ist mittlerweile doppelt so dick wie vor 10 Jahren. Angabepflichten in Erklärungen werden zunehmend komplexer. Zum gesetzestreuen unternehmerischen Handeln ist außerdem eine Registrierung auf verschiedenen Plattformen nötig. Eine Zentralisierung der Prozesse wäre anzustreben.
- Fachkräftemangel in Behörden (z.B. Finanzamt) führt dazu, dass Unterlagen mehrmals angefragt werden u.ä.. Das wiederum verursacht zusätzliche Arbeit in den Kanzleien.
- Nachhaltigkeitsberichte: Auch hier wurden bürokratische Dokumentationspflichten geschaffen. Prüfer dieser Berichte sind haftbar, obwohl die vorausgegangenen Schulungen nicht sehr umfangreich sind.

- Digitalisierung der Behörden: Hier werden einige nicht reibungslos ablaufende Prozesse aufgezählt. Genannt werden Krankschreibung, Unternehmensregister, Transparenzregister, Finanzbuchhaltung.
- Whistleblower-Regelungen: Laut Gesetz muss ein separater Briefkasten für potenzielle Whistleblower aufgestellt werden.
- Liquidationsverfahren: Der Prozess ist mit einem hohen bürokratischen Aufwand, einer langen Dauer sowie hohen Kosten verbunden. Im besten Fall sollte das Verfahren abgeschafft werden.

TOP 6: Verschiedenes

Im letzten Tagesordnungspunkt verkündet Herr Dörrié seinen Rücktritt als Vorsitzender des Ausschusses Dienstleistungen. Seit der Gründung des Dienstleistungsausschusses vor 30 Jahren leitet er den Ausschuss mit Charisma, Witz und der nötigen Durchsetzungskraft. Von den Ausschussmitgliedern und Mitarbeitenden der IHK wurde er sehr respektiert und geachtet. Wir bedanken uns herzlich für seine treuen Dienste und seine herausragende Arbeit. Herr Dörrié wird dem Ausschuss weiterhin als Mitglied erhalten bleiben. Zusätzlich hat er die Leitung des Wahlausschusses übernommen.

Als seine Nachfolgerin schlägt Herr Dörrié Frau Dr. Laura Sasse vor. Sie hat seit drei Jahren zusammen mit Frau. Dr. Eva Vesterling den stellvertretenden Vorsitz im Fachausschuss Dienstleistungen inne und Herr Dörrié ist von ihrer menschlichen und fachlichen Expertise überzeugt. Die „Sasse AG“ leitet sie zusammen mit ihrer Schwester in zweiter Generation. Das Facilitymanagement-Unternehmen ist in der DACH-Region aktiv.

Nachdem sich Frau Dr. Sasse für die Nominierung bedankt, schlägt sie als stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Robert Oettl vor. Er ist Geschäftsführer der „ORO 26 Management GmbH“ – ein Unternehmen, das der Branche „Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben“ zugehört und außerdem im Bereich der Unternehmensberatung tätig ist. Beide ergänzen sich durch ihre unterschiedlichen Unternehmen und persönlichen Attribute. Herr Oettl bedankt sich für die Nominierung.

Die Neuwahl findet in der Frühjahrssitzung 2025 statt.

Im Anschluss nennt Herr Dörrié den Teilnehmenden noch die Sitzungstermine für das Jahr 2025:

- **Frühjahrssitzung: 12.03.2025, 16:00 – 18:30 Uhr**
- **Herbstsitzung: 13.10.2025, 16:00 – 18:30 Uhr**
- **Sommersitzung: in Planung**

Die offiziellen Termineinladungen werden rechtzeitig versendet. Zum Schluss lädt Herr Dörrié zum gemeinsamen Get-together ein.

Tanja Wild
(Protokollführerin)

Detlef Dörrié
(Vorsitzender Ausschuss Dienstleistungen)